



DER OBERBÜRGERMEISTER

Stadt Schwäbisch Hall, Postfach 100 180, 74501 Schwäbisch Hall

Herrn Nikolaos Sakellariou MdL
Herrn Dr. Friedrich Bullinger MdL
Herrn Helmut W. Rüeck MdL
Herrn Harald Ebner MdB
Herrn Christian von Stetten MdB
Frau Annette Sawade MdB
Frau Evelyne Gebhardt MdEP

16.03.2015

Anrede,

der Gemeinderat der Stadt Schwäbisch Hall hat in seiner Sitzung am 04.02.2015 folgende Beschlüsse gefasst:

- 1. Der Gemeinderat der Stadt Schwäbisch Hall schließt sich den Forderungen des vom Deutschen Städtetag, Deutschen Landkreistag, Deutschen Städte- und Gemeindebund sowie dem Verband kommunaler Unternehmen e.V. im Oktober 2014 verabschiedeten „Gemeinsamen Positionspapier zu internationalen Handelsabkommen und kommunalen Dienstleistungen“ an.*
- 2. Der Gemeinderat der Stadt Schwäbisch Hall fordert die Bundesregierung und insbesondere das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie auf, sich im Rahmen der Verhandlungen zu TTIP und weiteren Freihandelsabkommen in enger Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden bei der EU-Kommission für die Belange der Kommunen und die von den kommunalen Spitzenverbänden formulierten Forderungen aus dem „Gemeinsamen Positionspapier zu internationalen Handelsabkommen und kommunalen Dienstleistungen“ einzusetzen.*
- 3. Der Gemeinderat der Stadt Schwäbisch Hall fordert alle regionalen Abgeordneten des Europäischen Parlaments, des Bundestags sowie des Landtags Baden-Württemberg auf, sich im Rahmen der Verhandlungen zu TTIP und weiterer Freihandelsabkommen für die Belange der Kommunen und die von den kommunalen Spitzenverbänden formulierten Forderungen aus dem „Gemeinsamen Positionspapier zu internationalen Handelsabkommen und kommunalen Dienstleistungen“ einzusetzen. Werden die Forderungen aus dem Positionspapier nicht beachtet, werden alle regionalen Abgeordneten des Europäischen Parlaments, des Bundestags sowie des Landtags Baden-Württemberg aufgefordert, den Freihandelsabkommen nicht zuzustimmen.*

Die Einschätzung des wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages zur Befassungs- und Beschlusskompetenz der Kommunalvertretungen im Hinblick auf internationale Freihandelsabkommen ist mir bekannt. Demzufolge sei bereits die bloße Befassung eines Gemeinderates mit dem Thema TTIP bzw. anderen Freihandelsabkommen rechtswidrig. Die kommunale Zuständigkeit sei erst dann eröffnet, wenn ein spezifischer Bezug zur örtlichen Gemeinschaft bestehe – und nicht „nur“ eine Angelegenheit mit allgemeinpolitischem Charakter vorliege, die alle Kommunen gleichermaßen betrifft.

Diese Einschätzung ist nach meiner Auffassung jedoch nicht nur gegen die in den EU-Verträgen und im Grundgesetz verankerten Prinzipien der Subsidiarität sowie der kommunalen Selbstverwaltung gerichtet, sondern auch wirklichkeitsfremd. Nahezu jede Gemeinde betreibt nämlich eigene Einrichtungen der Daseinsvorsorge und ist somit von TTIP betroffen (vgl. hierzu auch die entsprechende Pressemitteilung des Städtetags vom 13.3.2015).

Ich möchte Sie hiermit bitten, sich entsprechend der oben angeführten Beschlüsse des Schwäbisch Haller Gemeinderats einzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, consisting of several vertical strokes followed by a large, stylized flourish that loops back to the left.

Hermann-Josef Pelgrim